

Dieses Jahrgang enthält:
1000 Seiten
Preis: 1,20 Mk.

Der Proletarier

Anzeigenpreis:
50 Pf. für die 3 gebr.
Zeilen.
Geschäftsanzeigen werden
nicht angenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 35815 Postcheckamt Hannover.

Verlag von H. Weg.
Druck von G. H. B. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.
Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistraße 7, II. — Fernsprech-Anschluss 5 22 81.

Du selbst hast Schuld!

Millionen Menschen schaffen, schaffen und mühen sich im
Schweiß ihres Angesichts. Das heutige Arbeitstempo stellt
die größten Anforderungen an jeden einzelnen. Es gibt keine
Rücknahme auf seelische Stimmungen, auf körperliche
Unpäßlichkeit. Und wenn die Not in der Familie noch so
groß, und wenn gerade heute das Schicksal über Leben und
Tod eines Kindes, der Ehefrau, des Vaters oder der Mutter
entscheidet, der Arbeiter darf nicht daran denken. Er ist heute
Maschine unter Maschinen, nur ein Rädchen im großen Uhr-
werk des Betriebes, das nicht versagen darf. Und doch ist er
nur ein Mensch, und doch gewinnt einmal die Sorge einen
Augenblick die Oberhand, und schon ist es geschehen. Eine
kleine Unachtsamkeit: die Maschine steht, das Material ver-
dorben, der Produktionsprozeß gestört, und wenn es schlimm
kommt, sind auch noch Leben und Gesundheit bei ihm und
bei seinen Arbeitskollegen gefährdet.

Jetzt kommen sie gelaufen, all die Vorgesetzten. Der
Arbeiter wird mit Fragen überschüttet, die er mit dem besten
Willen nicht beantworten kann. Jeder Vorgesetzte ist be-
müht, in ihm den Schuldigen festzustellen, damit ja nicht etwa
ein Makel auf seine eigene Persönlichkeit fällt. Der Arbeiter,
der sich den ganzen Vorgang selber noch nicht zu erklären
weiß, läßt alles willenlos mit sich geschehen. Am nächsten
Tage verhält er sich dem hohen Vorgesetzten. Als armer
Sünder steht er da. Wohlüberlegt, scharf durchdacht, weiß
ihm der Vorgesetzte seine Schuld nach. Der Arbeiter will sich
wehren, will schildern, wie alles gekommen ist. Aber er ist
ja nicht so redegewandt wie dieser Herr. Die Gedanken
kreisen im Hirn, er kann sie aber nicht zu Sätzen formen.
Er weiß bloß, daß es alles viel anders war, als es ihm
hier vorgetrieben wird. Das Wenige, was er zu seiner
Entschuldigung vorzubringen weiß, wird falsch verstanden.
Beide verstehen sich nicht, sie reden aneinander vorbei. Denn
jeder spricht eine andere Sprache. Der eine im Vollgefühl
seiner Überlegenheit und Würde, jedes Wort auf seine
Wirkung berechnet, keinen Zweifel darüber lassend, daß das
Gesagte der Weisheit letzter Schluß ist. Der andere, einge-
schüchtern durch die ungewohnte Umgebung, voller Sorgen vor
dem Kommenden, verteidigt sich auf seine Art und Weise.
Die Unfähigkeit, all die Vorwürfe in logischer Rede zurück-
weisen zu können, bringt ihn in Erregung; die Situation
spielt sich immer mehr zu. Und plötzlich, der Arbeiter weiß
gar nicht, wie es geschehen, fühlt sich der hohe Herr beleidigt.
Jetzt ist alles verdorben: hinaus, strifflöse Entlassung! Wir
lassen uns von unseren Arbeitern keine Frechheiten gefallen.
Im Glauben an seine Unfehlbarkeit glaubt dieser Vorgesetzte
auch noch im Rechte zu sein. Der arme Teufel aber liegt auf
der Straße.

Jetzt folgt der übliche Weg zum Betriebsrat, wenn einer
da ist. Sehr oft gelingt es diesem, die verfahrenere Karre
wieder ins rechte Gleis zu bringen. In vielen Fällen aber
bleibt der Arbeitgeber hartnäckig. Ein Erfolg vor dem
Arbeitsgericht ändert gewöhnlich an der Tatsache nicht viel.
Denn wer einmal auf der Straße liegt, kommt doch nicht
wieder in den Betrieb. Die paar Pfennige Abfindung, die
der Arbeiter eventuell erhält, können ihn nicht glücklich
machen. In Verkenntung der wahren Ursachen schiebt er nun
die Schuld daran, daß er seinen Leidensweg gehen mußte, auf
andere. Was er selber dazu beigetragen hat, bedenkt er nicht.
Und doch ist in den meisten Fällen seine eigene Schuld eine
gewaltige.

Sein Kritikvermögen geht bis zum nächsten Funktionär.
Wenn bei dem einmal bei einer Kleinigkeit der Egoismus
über den Idealismus siegt, dann sind eben alle Lumpen. Wenn
der Betriebsrat nicht alles durchsehen kann, was ihm auf-
gefragt wird, dann ist jeder ein Verräter, und wenn die
Gewerkschaft notgedrungen ihre Beiträge erhöhen muß, dann
sind es nur die Bonzen, die das Geld verpulvern. Diese
geistlosen Redewendungen waren sehr oft das einzige Thema,
das zur Debatte stand, wenn im Betriebe über diese
Sachen gesprochen wurde. Welche verheerenden Wirkungen
bei einer derartigen Geistesverfassung alsdann noch die ge-
wissenlosen Heherien einer Sorte Auchkollegen anrichten
können, die in ihrer kitzeligen Borniertheit systematisch,
jeder besseren Einsicht bar, die Gewerkschaftsbewegung und
jeden, der sich für dieselbe einsetzt, in den Schmutz zerren,
kann nur der ermessen, der einmal versucht hat, Vernunft zu
predigen, wo bis dahin Radikalismus und Gedankenlosigkeit
um die Siegespalme rangen. Dort ist dann auch das Eldo-
rado der Beitragsfresser, jener irdischen Logik entbehrenden,
dafür aber um so dickfälligeren kleinsten Getzhälle. Sie
haben es am wichtigsten vor jeder Lohnbewegung, und nach
derselben verflüchten sie nie, den Funktionären auseinander-
zusetzen, daß das Erreichbare lange nicht genug ist.

Wer war nun schuld? Die Gewerkschaft, für die er nicht
eintrifft, der Betriebsrat, für dessen Einflusslosigkeit unter den
Kollegen er selbst mit gelorht hat, oder er selbst. Der all diesem
Treiben interesselos gegenüberstand und selbst oft noch mit
hat, wenn es sich, herabzusetzen und zu zerstreuen. Und doch

hätte gerade ihm ein Betriebsrat, der durch das Vertrauen
der Belegschaft imstande gewesen wäre, seine Rechte voll
auszunutzen, helfen und ihn retten können. Die Mitwirkung
des Betriebsrates, die nach den neuesten Entscheidungen des
Reichsarbeitsgerichts. Mitbestimmung bedeutet, kommt
auch bei Bestrafungen in Betracht. Die Mitbestimmung ist
aber nur durchführbar, wenn die gesamte Belegschaft Ver-
trauen zu ihrem Betriebsrat hat. Noch viel wichtiger ist es
aber, daß auch der Betriebsrat Vertrauen zur Arbeiterschaft
haben kann. Er muß von der Arbeiterschaft seines Betriebes
erwarten können, daß sie seinen Handlungen und Entschlei-
dungen Verständnis entgegenbringt. Wo dieses nicht der Fall
ist, kann gar nicht daran gedacht werden, dieses für die ge-
samte Arbeiterschaft so wichtige Recht voll auszunutzen. Mit
welchen Schwierigkeiten hier zu kämpfen ist, möge ein Vor-
fall, wie er sich in der letzten Zeit in einem größeren Chemie-

geprüft und gewertet werden können. Wo dies der Fall ist,
können auch all die Mißverständnisse, die meistens der Grund
dafür sind, daß ein Vertrauensverhältnis zwischen Betriebs-
rat und Arbeiterschaft im Betriebe nicht zustandekommen
kann, geklärt werden. Durch die Behandlung aller
schwebenden Fragen in den Gewerkschaftsversammlungen ist
es nur möglich, Verständnis für die Schwierigkeiten und
Möglichkeiten aller auftauchenden Differenzen und Probleme
zu schaffen. Hier ist es jedem Kollegen gestattet, seine
Meinung frei zu äußern. Dadurch entsteht doppelter Ge-
winn; der einzelne erhält tieferen Einblick, er kann selber
mitberaten und fühlt dementsprechend auch eine gewisse Ver-
antwortung auf sich lassen. Den haltlosen und unkontrollier-
baren Gerüchten im Betriebe, die meistens aus Unkenntnis
der wirklichen Verhältnisse heraus entstehen, wird immer
mehr der Boden entzogen. Ein weiterer Vorteil aber ent-
springt daraus, daß der Kollege, der sich hier befaßt, immer
mehr die Fähigkeit erlangt, seine Gedanken so zum Ausdruck
zu bringen, daß ihn kein Vorgesetzter im Betriebe in Zukunft
mißverstehen wird.

Die Arbeiter im Betriebe haben ihr Schicksal selbst in der
Hand. Es genügt nicht, Mitglied der Gewerkschaft zu sein
und im übrigen nur einigen wenigen die Bürde der ganzen
Arbeit und Verantwortung auf die Schultern zu laden. Ein
jeder Kollege muß Mithämpfer sein. Wer das nicht begreift
und nicht danach handelt, hat selbst mit sich Schuld, wenn
viele in seinem Betriebe und in der gesamten Wirtschaft
nicht so ist, wie es sein könnte.

Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk
ihrer selbst sein.
Max Klübs.

KPD.

Vertreter, Katastrophenpolitiker, wollen zu den be-
vorstehenden Betriebsratswahlen auch ihre Knechtlinge,
also

Unorganisierte

als Kandidaten auf die Vorschlagslisten bringen,
Leute, denen solidarisches Denken und Handeln
fremd ist

und

die nicht gewillt sind, Opfer zu bringen im Interesse
der Arbeiterbewegung. Aber auch

Selbe

sollen auf die KPD-Liste, denn die KPD. weiß sehr
wohl, daß Unorganisierte und Selbe besser in ihre
Gesellschaft passen

als

Organisierte, vernünftige, ehrliche Kolleginnen und
Kollegen. Die Aufstellung und die Wahl von Un-
organisierten und Selben als

Betriebsräte

zeigt die ganze Karrekei einer Psychopaten-Partei,
die sich als Hauptaufgabe gestellt hat: Zerfällung
der Arbeiterorganisation.

Kommunistischer Parteibefehl
zur Spaltung der Gewerkschaften.

Nach dem großen Fiasko der Kommunisten, mit ihren
Arbeiterdelegationen und Einheitsfrontparolen die Gewerk-
schaftsbewegung zu erobern, brüftet der Sekretär der Roten
Gewerkschaftsinternationale, Losowski, nun schon annähernd
zwei Jahre über neue Methoden zur Erreichung dieses Zieles.
Dabei scheint er sich klar geworden zu sein, daß mit der Ein-
heitsfront keine Geschäfte zu machen sind, daß es daher besser
sein dürfte, die offene Spaltung der Gewerkschaften zu be-
treiben. Ebenso klar scheint er sich aber auch darüber zu sein,
daß der breiten Masse diese seelenvolle Absicht möglichst ver-
schleiert bleiben müsse, weil die Erkenntnis des Wertes einer
streifen Organisation die Arbeiterschaft gegenüber solchen
Plänen kopfschütteln machen würde. Zu überlegen blieb ihm also
nur, wie man nach außen hin Einheitsfront machen, und in
der Sache selbst die angeführte Spaltung doch erreichen könne.
Einen geeigneten Ausweg fand er darin, daß die KPD. die
Einheitsfront bisher nur falsch angewendet habe, denn die
Herstellung der Einheitsfront bedeutet ja nicht die Eroberung
des Gewerkschaftsapparates, sondern der Massen, um mit ihrer
Hilfe die Gewerkschaftsbürokratie unmöglich zu machen.
Die Frage ist also nur die, wann und wie können die Gewerk-
schaftsmassen am leichtesten und sichersten für die neue kom-
munistische Einheitsfront begeistert werden.

Von kommunistischer Seite sind wir es gewöhnt, daß sie
Parteiziele über alles stellen, ohne Rücksicht, wie sich die be-
troffene Arbeiterschaft mit den für sie geschaffenen Folgen
abfindet; aber die jetzt angeordnete Taktik übersteigt jedes
Maß und wird zum Verbrechen an der gesamten Arbeit-
erschaft. War es bisher Grundsatz, daß in Zeiten schwerer Aus-
einandersetzungen mit den Unternehmern, also bei Streiks oder
umfangreichen Ausperrungen alle gegenseitigen Meinungs-
verschiedenheiten zurückzutreten haben, um in geschlossener
Einigkeit den Kampf bestehen zu können, so sollen jetzt —
dahin geht der Plan der Kommunisten — gerade solche Kämpfe
zur Durchführung der Spaltung der Gewerkschaften benutzt
werden. Eine besondere kommunistische Streikstrategie wurde
entwickelt, deren Durchführung bei der in der KPD. üblichen
Weise als Parteibefehl von den kommunistischen Anhängern
erzwungen wird. Lange Abhandlungen darüber hat Losowski
in seinem Organ "Die Rote Gewerkschaftsinternationale"
geschrieben; die im Frühjahr 1928 in Moskau abgehaltenen
Kongresse der Komintern und der Roten Gewerkschaftsinter-
nationale haben sich damit befaßt, und jetzt ist die KPD. dabei,
die Anweisungen Losowskis allen Parteifunktionären zur
strengen Befolgung einzuhämmern. Ende Januar fand zu
diesem Zweck in Berlin die Reichsparteiarbeiterkonferenz der
KPD. statt, wo Heckerl und Merker den Funktionären die
neuen Anweisungen vermittelten. Die von Losowski dazu aus-
gearbeiteten Richtlinien sind in unserem Besitz, und nur einige
Zitate daraus mögen erweisen, ob die oben gegebene Kenn-
zeichnung dieser Anweisungen als Verbrechen zu hart und
gar ungerecht ist.

In dem Abschnitt "Die Vorbereitung der Massen in
Streiks und Ausperrungen" heißt es:

„3. Die vorbereitende Agitations- und Organisationsarbeit
muß unter den Lösungen geführt werden: „Stift nicht auf die
Gewerkschaftsbürokratie“, „Nehmt euer Geschick in die eigenen
Hände“, „Bereitet euch zum Kampf vor, sonst werdet ihr ge-
schlagen“. In dieser Agitation muß die ganze Erfahrung des

werk in Mitteldeutschland abgepielt hat, beweisen. Silvester-
nacht; der Betrieb kennt keine Feiertage. So mußte auch
hier gearbeitet werden. Einige Kollegen hatten leider bei
einer kleinen Feier des Guten zuviel getan. Immerhin war
ihr Zustand nicht so schlimm, daß der Wachbeamte am Ein-
gangstore Verdacht geschöpft hätte. Im Betriebe aber, wo
trotz des strengen Winters noch große Hitze herrscht, machten
sich die Folgen bald bemerkbar. Zwei Kollegen gerieten
wegen einer Kleinigkeit in Streit. Der eine wurde hand-
greiflich; der andere wehrte sich. Die üblichen Folgen-
meldung, Verhör, bei dem der Betriebsratsvorsitzende zu-
gegen war. Der Personaldirektor spricht die strifflöse Ent-
lassung aus. Aus prinzipiellen Gründen, wie er sich aus-
drückt. Jetzt gelingt es dem Betriebsratsvorsitzenden, durch
sein Eingreifen die schon ausgesprochene Entlassung in eine
Geldstrafe umzuwandeln. Und die Auswirkung dieser er-
folgreichen Bemühungen? Eine große Heße gegen den Be-
triebsratsvorsitzenden. Daß er die Entlassung rückgängig
machen konnte, wurde nicht erzählt. Wohl aber, daß er seine
Zustimmung zu einer Bestrafung gegeben hatte. Unter diesen
Umständen ist es nicht verwunderlich, wenn dem Betriebsrat
die Luft vergeht, von seinem Recht, bei Bestrafungen mitzu-
wirken, Gebrauch zu machen. So untergraben die
Arbeiter im Betriebe ihre eigenen Rechte.
Noch durch viele andere Beispiele ließe sich dies beweisen.
Was nützen die Verbesserungen der Gesetze, wenn die
Arbeiterschaft ihren Vertretern es unmöglich macht, von
denselben Gebrauch zu machen? Was hier auf dem Spiele
steht, kann nur mit wenigen Worten angedeutet werden. Die
von den Gewerkschaften geforderte Wirtschaftsdemokratie
läßt sich nicht allein durch neue Gesetze und Verordnungen
durchführen. Die Arbeiterschaft muß auch imstande sein, die
Entwicklung und Durchführung neuer Rechtsformen im Be-
triebe zu ermöglichen und darüber hinaus auch weiterzuführen.
Hieraus ergibt sich aber die zwingende Notwendigkeit, nur
die besten und erprobten Kollegen in den Betriebsrat zu ent-
senden. Das ist aber nur möglich, wo durch eine gute und
regame Gewerkschaftsbewegung die Fähigkeiten des einzelnen

Der unsere Vertrauensleute und Mitglieder längst erkannt haben, daß mit Resolutionen und Parolen der Arbeiterklasse nicht gedient ist. Und jetzt vertritt er gerade die Arbeiterklasse...

Ein Arbeiter, der den Unternehmer ausbeutet.

In einem kleinen Ort war es, als wir einmal ein alter Arbeiter, der wie ein Ibsen-Figurant bekannt war, in einem Gespräch sagte: Kapitalismus muß es geben, damit sie ausgebeutet werden können!

Wir sind es möglich, daß der alte heute noch nicht weiß, daß nur ein Bruchteil des von ihm wirklich geleisteten Wertes ihm als Lohn entzogen wird, und der Unternehmer kraft seines Rechtes...

Wir sind es möglich, daß der alte heute noch nicht weiß, daß nur ein Bruchteil des von ihm wirklich geleisteten Wertes ihm als Lohn entzogen wird...

Man kann ihm das nicht abnehmen. Er war alt geworden und hatte sich seine eigene Weltanschauung gebildet, wie sie seinem einfachen Sinn entsprach...

Wir fordern heute Demokratisierung der Wirtschaft und der Betriebe. Verschwinden soll die auf den Besitz der Produktionsmittel sich gründende Autokratie...

Wir haben keinen Grund mehr, irgendwo beschreiben zurückzugehen. Wir sind zu einem Faktor in Staat und Wirtschaft geworden...

Jeder einzelne muß den Willen zur Macht haben. Den Willen, daß wir selbstbestimmen müssen in Staat und Wirtschaft...

Was wir sonst zu erwarten haben, beweiseln die fortgeschrittenen Aussperrungen, beweiseln der Kampf gegen die Sozialgesetzgebung...

Augenblicklich fragen in Paris die Reparationsfachverständigen. Ohne Zweifel werden sie die Sache als internationale Banktransaktion ansehen...

Das bedeutet, daß in den nächsten Jahren die Verteilung der Lasten entbrennen werden. Nach unserer Stärke wird es sich richten, wieviel wir zu tragen haben...

Darum Willen zur Macht! Werben und werden wir, bis wir den letzten Mann erlöst haben und er Mitglied ist im Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands!

Frauenfragen.

Eine Arbeiterinnen-Konferenz des Gaus 7

tagte am 3. Februar 1929 im Volkshaus zu Chemnitz mit der Tagesordnung:

- 1. Sozialpolitik und Arbeiterinnenfragen. Referentin: Kollegin Anna Jammert (Hannover). 2. Die Stellung der Frau in Wirtschaft- und Gesellschaftsleben. Referentin: Kollegin Käthe Schmitz (Hirschberg). 3. Die Frauenagitación im Gau 7. Referentin: Kollegin Jenny Sammer (Leipzig).

Vertreten sind 22 Jahnstellen mit 87 weiblichen und 16 männlichen Delegierten sowie 3 Gäste und 5 Vertreter der Gauleitung und des Gauvorstandes.

Su Punkt 1 führt die

Kollegin Jammert (Hannover) im wesentlichen aus: Wenn Sozialpolitik Verhinderung und Heilung von Schäden für die arbeitende Klasse erstrebt, so sollen es gerade die Frauen, die bis auf die heutige Zeit den Schicksalen der Erwerbsarbeit und der Ausbeutung am meisten ausgesetzt sind.

Neben der Ausbeutung der Frauen brachte aber der Größkapitalismus auch die Ausbeutung der Kinder, und zwar in einem solchen Maße, daß der Staat hierin eine Gefahr für sein Bestehen erblickte und sich durch Gesetze dagegen schützte.

Die Gewerkschaften versuchen in der sozialpolitischen Gesetzgebung den Arbeiterinnen zum Gelingen zu bringen. Die Referentin geht auf die in der Vorkriegszeit entstandenen Gesetze ein, die für den Arbeiterinnen zum Gelingen sind.

Die statistischen Zahlen der Krankenkassen weisen nach, daß der Krankenstand der weiblichen Erkrankten und auch die Zahl der Krankentage höher ist als bei den Männern.

Referentin wendet sich gegen den Ruf nach Entfernung der verheirateten Frauen aus den Betrieben und warnt vor den aus dem gesetzlichen Zwang entstehenden bösen Folgen.

Su Punkt 2 referiert Kollegin Schmitz (Hirschberg): Referentin schildert die Stellung der Frau in den Anfangsjahren der Gesellschaft und zeigt, wie sie ihre anfangs führende Rolle — gestützt auf das Mutterrecht — in den Übergangsjahren der Hauswirtschaft bis zur heutigen Industrie- und Profitwirtschaft an den Mann abgeben mußte.

Die mit dieser Umstellung verbundenen Rechtfertigungen der Frau, die sowohl im Gesellschafts- und Wirtschaftsleben auch heute noch nicht vollständig aufgehoben ist, liegt zum Teil an der Passivität der Frau.

Was im Zeichen einer neuen Zeit angestrebt werden soll, das ist nur die angemessene Verteilung des Nutzens der Arbeit auf alle Faktoren, die ihn erzeugen helfen.

Jahrbücher Theodor Lobler in „Produktion und Wirtschaft“. Verlag Hans Huber (Bern).

und Profitwirtschaft an den Mann abgeben mußte. Die mit dieser Umstellung verbundenen Rechtfertigungen der Frau, die sowohl im Gesellschafts- und Wirtschaftsleben auch heute noch nicht vollständig aufgehoben ist...

Den Beweis, daß die Frau dazu in der Lage ist, hat uns der Weltkrieg gebracht. Wenn aber von 11 1/2 Millionen Weiblichen 680.000 Frauen in der Organisation stehen, ist dies kein erfreuliches Verhältnis.

Kollegin Friblich (Meißen) schildert aus ihrem Betriebe, der Glasbläserlei, in welcher großem Ausmaß die Frau in den letzten Jahren an die Stelle des Mannes getreten ist.

Kollegin Lehmann (Chemnitz): Frauenarbeit ist nicht mehr anzuschauen, und wenn wir das Interesse für die Gewerkschaften wecken, leisten wir Arbeit für uns selbst.

Kollegin Jammert (Leipzig): Die Schaffung gesetzlicher Bestimmungen, die verheirateten Frauen aus den Betrieben zu entfernen, liegt nicht im Interesse der Arbeiterinnen und der Arbeiterbewegung.

Kollegin Friblich (Meißen) schildert aus ihrem Betriebe, der Glasbläserlei, in welcher großem Ausmaß die Frau in den letzten Jahren an die Stelle des Mannes getreten ist.

Kollegin Lehmann (Chemnitz): Frauenarbeit ist nicht mehr anzuschauen, und wenn wir das Interesse für die Gewerkschaften wecken, leisten wir Arbeit für uns selbst.

Kollegin Jammert (Leipzig): Die Schaffung gesetzlicher Bestimmungen, die verheirateten Frauen aus den Betrieben zu entfernen, liegt nicht im Interesse der Arbeiterinnen und der Arbeiterbewegung.

Kollegin Friblich (Meißen) schildert aus ihrem Betriebe, der Glasbläserlei, in welcher großem Ausmaß die Frau in den letzten Jahren an die Stelle des Mannes getreten ist.

Kollegin Lehmann (Chemnitz): Frauenarbeit ist nicht mehr anzuschauen, und wenn wir das Interesse für die Gewerkschaften wecken, leisten wir Arbeit für uns selbst.

Kollegin Jammert (Leipzig): Die Schaffung gesetzlicher Bestimmungen, die verheirateten Frauen aus den Betrieben zu entfernen, liegt nicht im Interesse der Arbeiterinnen und der Arbeiterbewegung.

Kollegin Friblich (Meißen) schildert aus ihrem Betriebe, der Glasbläserlei, in welcher großem Ausmaß die Frau in den letzten Jahren an die Stelle des Mannes getreten ist.

Kollegin Lehmann (Chemnitz): Frauenarbeit ist nicht mehr anzuschauen, und wenn wir das Interesse für die Gewerkschaften wecken, leisten wir Arbeit für uns selbst.

Kollegin Jammert (Leipzig): Die Schaffung gesetzlicher Bestimmungen, die verheirateten Frauen aus den Betrieben zu entfernen, liegt nicht im Interesse der Arbeiterinnen und der Arbeiterbewegung.

Kollegin Friblich (Meißen) schildert aus ihrem Betriebe, der Glasbläserlei, in welcher großem Ausmaß die Frau in den letzten Jahren an die Stelle des Mannes getreten ist.

Kollegin Lehmann (Chemnitz): Frauenarbeit ist nicht mehr anzuschauen, und wenn wir das Interesse für die Gewerkschaften wecken, leisten wir Arbeit für uns selbst.

Kollegin Jammert (Leipzig): Die Schaffung gesetzlicher Bestimmungen, die verheirateten Frauen aus den Betrieben zu entfernen, liegt nicht im Interesse der Arbeiterinnen und der Arbeiterbewegung.

Kollegin Friblich (Meißen) schildert aus ihrem Betriebe, der Glasbläserlei, in welcher großem Ausmaß die Frau in den letzten Jahren an die Stelle des Mannes getreten ist.

Die Schaffung eines Frauensekretariats beim Hauptvorstand hat es vermocht, daß wichtige Belange der Arbeiterinnen gemahnt werden können. Die Vorarbeit zu einer Reichskonferenz der Frauen muß in Dankkonferenzen geleistet werden.

Mit dem Wunsche, daß die in Chemnitz tagende Frauenkonferenz ihre Auswirkung auch auf die kommende Werbewoche in Sachfen habe, schließt Kollegin Juppner die Konferenz nachmittags 4 Uhr.

Internationale Arbeiterbewegung.

Verbandstag des dänischen Bruderverbandes.

Am 10. Februar begann der 19. Kongreß des Dansk Arbejdsmandsforbunds in Kopenhagen

im Arenatheater. Anwesend waren 363 Delegierte und Vorstandsvertreter und 31 Vertreter ausländischer Bruderverbände.

Das Tagungslokal war reich dekoriert. Dem Eintretenden prangte in großen Buchstaben der Spruch entgegen: „Tue deine Pflicht, verlange dein Recht!“

Die Eröffnung vollzieht sich unter Mitwirkung von Musik und Opersängern, Gesängen der Teilnehmer aus dem „Arbeitsmänner Sangbog“.

Die Art der Verhandlungen weicht insofern von der unsrigen ab, als man Anträge auf Schluß der Debatte nicht kennt.

Einer der bedeutendsten Punkte des diesmaligen Verbandstages war die Stellung unseres Bruderverbandes zur Landeszentrale.

Bekanntlich hat der große Kampf im Jahre 1925 zu Differenzen unseres Bruderverbandes mit der Landeszentrale (bei uns ADGB) geführt.

Die Mitgliederbewegung unseres dänischen Bruderverbandes zeigt folgendes Bild:

Table with 2 columns: Year, Number of members. 1924 in 411 Zahlstellen 84 947 Mitglieder, 1925 in 412 Zahlstellen 85 828 Mitglieder, 1926 in 418 Zahlstellen 85 812 Mitglieder, 1927 in 422 Zahlstellen 83 915 Mitglieder.

Der Mitgliederstand ist ziemlich stabil, denn der Verband hat alle für ihn zuständigen Arbeitergruppen bis weit zu 95 Prozent erfaßt.

Die abgeschlossenen Tariflöhne sind infolge der festen Organisation günstiger als bei uns.

Einige Worte zum Kassenbericht. Trotz des großen Kampfes im Jahre 1925, der nicht nur das Vermögen aufzehrt, sondern auch noch eine starke Verschuldung des Verbandes herbeiführte...

Die Ursachen der günstigen Vermögenslage dürften darauf zurückzuführen sein, daß der Verband nur männliche Mitglieder hat und die Beiträge höher sind als bei uns.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Berufsmäßige Verleumder.

Die Rote Fahne Nr. 89 vom 15. Februar 1929 brachte einen Artikel mit der Überschrift: „Selbstbürgerliche Richter empört der Brudermond des SPD-Bestirftes.“

Am nächsten Tage stand in der Nr. 46 der „Roten Fahne“ vom 16. Februar 1929 zu lesen:

Genosse Sommer, der übrigens nicht SPD-Betriebsrat, sondern Mitglied der SPD ist, hat keineswegs eine solche Haltung eingenommen...

Die Arbeiterinnen-Konferenz des Gaus 7 tagte am 3. Februar 1929 im Volkshaus zu Chemnitz mit der Tagesordnung:

1. Sozialpolitik und Arbeiterinnenfragen. Referentin: Kollegin Anna Jammert (Hannover). 2. Die Stellung der Frau in Wirtschaft- und Gesellschaftsleben. Referentin: Kollegin Käthe Schmitz (Hirschberg). 3. Die Frauenagitación im Gau 7. Referentin: Kollegin Jenny Sammer (Leipzig).

Vertreten sind 22 Jahnstellen mit 87 weiblichen und 16 männlichen Delegierten sowie 3 Gäste und 5 Vertreter der Gauleitung und des Gauvorstandes.

Die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Fabrikarbeiter-Verband Anfang Februar 1929.

Konjunkturrückgang und harter Winterfrost haben zusammengewirkt, um die Arbeitslosigkeit in Deutschland außerordentlich zu steigern.

Table showing unemployment figures: Ende Januar 1928 2 495 257 Arbeitslosen, Ende Januar 1927 2 536 309, Ende Januar 1928 2 012 212, Ende Januar 1929 aber 3 000 000 (geschätzt).

Die Tatsache, daß über 3 000 000 Menschen in Deutschland arbeitslos sind, kennzeichnet den Zustand der deutschen Wirtschaft weit besser als die vielen Tabellen, mit denen der Reparationsagent in seinem Bericht das wirtschaftliche Wohlergehen des deutschen Volkes zu erweisen versucht.

Table showing unemployment by industry: Ende Januar 1928, unterstützten Erwerbslosen, Krisenunterstützten, Insgesamt. Includes categories like Chemische Industrie, Papier-Industrie, Nahrungsmittel-Industrie, etc.

Gegenüber dem Vorjahr liegt die Zahl der aus öffentlichen Mitteln unterstützten Erwerbslosen um zirka 800 000 höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

waren arbeitslos Ende Januar 1928 11,4 v. H. der Mitglieder, Ende Januar 1929 jedoch 19,4 v. H. Diese Steigerung der Arbeitslosigkeit ist aber nur zum geringen Teil auf die Verschlechterung der Konjunktur zurückzuführen, zum größeren Teil auf die Auswirkungen des außerordentlich harten Winters.

Die Arbeitslosigkeit im Fabrikarbeiterverband hat unter dem Einfluß der Tendenzen, die in der deutschen Wirtschaft wirksam sind, ebenfalls eine weitere Erhöhung erfahren.

Wie sich der Beschäftigungsgrad in den einzelnen Industriegruppen unserer Organisation gestaltete, geht aus der folgenden Übersicht hervor:

Table titled 'Von je 100 Mitgliedern' showing employment statistics for various industries across different months (Ende Dezember 1928, Ende Januar 1929).

Die Steigerung der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Industriegruppen ist sehr ungleich. Sie ist verhältnismäßig gering in der chemischen und in der Papierindustrie (gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres in beiden Industrien um 1,7 v. H. höher).

rechtes Rheinland und Westfalen mit 21,1, links Rheinfland mit 20,0 v. H., alles Bezirke, in denen die Baustoffindustrie eine große Rolle spielt.

Nach der geographischen Verteilung der Arbeitslosigkeit stehen am höchsten: Pommern mit 32, Ostpreußen mit 24,9.

nach nicht wieder zugelassen werden. Wir bitten deshalb diese Kolleginnen und Kollegen, eine Bewerbung nicht einzureichen.

Jeder Bewerber hat anzugeben, welcher Zeitpunkt für seine Kursteilnahme für ihn in Frage kommt.

Die Kursteilnehmer erhalten: 1. Die Verbleibenden 80 Prozent, die Ledigen 40 Prozent ihres Arbeitsverdienstes;

2. Fahrgeld 3. Klasse vom Wohnort nach Hannover und zurück sowie 8 Mark für einen ganzen, 4 Mark für einen halben Reisefrag;

3. freies Unterkommen und freie Verpflegung im Schulheim sowie ein tägliches Taschengeld von 1,50 Mark.

Die Berechnung der Entschädigung erfolgt auf Grund der letzten vier Lohnzettel und des Verbandsbeitrages.

Die Zahlstellenverwaltungen haben die Bewerbung zu prüfen und mit einem Gutachten an die Gewerkschaft bis zum 16. März 1929 weiterzugeben.

Die Gewerkschaften müssen die Bewerbungen mit einem Ergänzungsgutachten ersprechend dem Formularbogen an den Hauptvorstand bis zum 27. März 1929 senden.

Die frühzeitig Bewerber, die nicht zum Zuge gekommen sind, müssen eine neue Bewerbung bei ihrer Zahlstelle einreichen.

Es ist zu bemerken, daß es sich um eine Wiederholung handelt.

Meldungen zum Fernunterricht zwecks späterer Teilnahme an den Lehrgängen der Arbeiterhochschulen.

Die Zulassung zu den Lehrgängen an der Arbeiter-Akademie und an den Wirtschaftsschulen Berlin und Düsseldorf liegt der vorüberige Teilnahme am Fernunterricht voran.

Die Bewerbungen müssen handschriftlich und selbst verfaßt sein. Sie müssen enthalten: eine Abhandlung über den Lebenslauf, nähere Angaben über den bisherigen Bildungsgang sowie über die bisherige Betätigung in der Arbeiterbewegung und Probearbeiten über folgende Themen:

1. Die Organisation meines Betriebes. (Technische Beschreibung, Beschreibung der speziellen Betriebsart, Beschäftigung des Arbeiters; Produktionsorganisation; Arbeitsorganisation; Absatzorganisation; Verbesserungen mit anderen Betriebsunternehmungen; Funktionen der Gewerkschaft und Betriebsrat innerhalb des Betriebes; die im Betrieb angewandten Lohnformen; Wohlfahrts-Einrichtungen und sonstige Maßnahmen.)

2. Das Verhältnis von Gewerkschaft und Betriebsrat nach dem Betriebsratsgesetz.

Für den Fernunterricht werden den Beteiligten Zuschüsse zur Wiederbeschaffung nicht gewährt.

Diejenigen, welche infolge ihrer Leistungen später zur Schule zugelassen werden, erhalten während des Lehrganges für sich und ihre Angehörigen eine entsprechende Entschädigung.

Die Bewerber sollen in der Regel das 35. Lebensjahr nicht überschritten haben und mindestens drei Jahre Mitglied des Verbandes sein.

Im Antragsformular zu vermeiden, sei von vornherein betont, daß den Besuchern der Schulen keinerlei Anrecht auf eine Anstellung in der Gewerkschaft gewährleistet werden kann.

Genossen Sommer, mit dem er wegen gewerkschaftlicher Differenzen verfeindet ist, spielen wollte. Wir wurden infolge der falschen Darstellung zu der irrigen Auffassung veranlaßt, daß es sich hier um einen SPD.-Betriebsrat handelte.

Was müssen das doch für Subjekte sein, die so tief im Schmutz der berufsmäßigen Verleumdung sitzen, daß ihnen das sie selbst Entwürdigende ihrer Handlungsweise gar nicht mehr zum Bewußtsein kommt, und statt sich zu entschuldigen, den Beleidigten noch mit Dreck beworfen.

Wider den Verleumder von der 'Roten Fahne' entschuldigt sich nicht etwa wegen seiner Verleumdung der SPD., sondern er überdies seine niedrige Handlungsweise vom Tage vorher noch, wenn er schreit, die SPD.-Politik führe eine solche Praxis herbei, wie sie der SPD.-Sommer geübt habe.

Was müssen das doch für Subjekte sein, die so tief im Schmutz der berufsmäßigen Verleumdung sitzen, daß ihnen das sie selbst Entwürdigende ihrer Handlungsweise gar nicht mehr zum Bewußtsein kommt, und statt sich zu entschuldigen, den Beleidigten noch mit Dreck beworfen.

Gegen das Ungeziefer der Arbeiterbewegung. Während der politischen Revolution 1918 ist das in den Großstädten versteckt gewesene Gesindel an die Oberfläche gekommen.

Das Lumpenproletariat, diese passive Verkaufslinie der untersten Schichten der alten Gesellschaft, wird durch eine proletarische Revolution stellenweise in die Bewegung hineingeschleudert, seiner ganzen Lebenslage nach wird es bereitwilliger sein, sich zu reaktionären Umtrieben erkaufen zu lassen.

Diese Sorte von Menschen sammelt sich heute als politische und gewerkschaftliche Brigantentum. Die kommunistische Presse, die kommunistischen Betriebszeitungen, 'Der Rote Fabrikarbeiter', 'Der Rote Glasmacher', und allerlei sonstige Schmutzblätter dieses Geschichters, überbieten sich in der Beschimpfung und Verleumdung unserer Verbandsfunktionäre und Verbandsfunktionäre.

Auch in Fürtth in Bayern geht die skandalöse Hege gegen alle Verbandsfunktionäre, die nicht mit kommunistischer Charakterlosigkeit ausgestattet sind. Insbesondere gegen den Geschäftsführer unserer dortigen Zahlstelle, den Kollegen Fischer, gießen sie seit längerer Zeit ihre ekelhaften Schmutzkebel aus.

Ich stelle fest, daß die Gemahlin des Herrn 'revolutionären Betriebsrates' ihrem Unternehmer einen Blumenstrauß aus ihrem Garten überreichte. Warum?

Ich stelle fest, daß mich der Betriebsrat in der Klagesache Kugler - Bayerische Spiegelmaschinen belogen hat, und daß ich deswegen die Klage nicht mehr vertrat.

Das dürfte vorerst wohl genügen, um allen Mitgliedern die Augen zu öffnen. Hans Fischer, Fürtth i. Bayern.

Verbandsnachrichten.

Bewerbungen zu den 47.-53. Bildungskursen für unsere Verbandsmitglieder.

In Fortsetzung der bisher abgehaltenen Kurse hat der Hauptvorstand beschlossene im Schulheim in Weingarten weitere Kurse abgehalten. Die sind:

- 2. Halbjahr 1928: vom 23. Juli bis 10. August, vom 18. August bis 31. August, vom 8. September bis 21. September, vom 29. September bis 12. Oktober, vom 20. Oktober bis 2. November, vom 10. November bis 23. November, vom 1. Dezember bis 14. Dezember.

In jedem dieser Kurse werden folgende Vortragsheften behandelt:

Vorbereitung und Abrechnung, Betriebsratsgesetz und Arbeitsrecht, Arbeitsvertrag nach Gewerbeordnung und Bürgerlichen Gesetzen, Arbeitsgerichtsrecht und Justizverwaltung, Geschichte und Theorie der Gewerkschaften, Einführung in die Volkswirtschaft, Gewerkschaften.

Die Kolleginnen und Kollegen werden aufgefordert, selbstgeschriebene Bewerbungen bis zum 3. März 1929 bei den zuständigen Zahlstellenverwaltungen einzureichen.

Das Antragsformular ist zu erhalten, aus dem das Lebensalter zu ersehen ist sowie die Dauer der Mitgliedschaft im Fabrikarbeiterverband und entl. f. weitere Mitgliedschaften, die Tätigkeiten im Verband und in der Arbeiterbewegung sowie die gegenwärtigen Funktionen. Ferner sind Angaben über die Teilnahme an Abendkursen oder sonstigen Abendschulungsmaßnahmen zu machen.

Wer an einem von Hauptvorstand abgehaltenen Kurse, auch Wanderkursen, schon teilgenommen hat, kann vorerst

Paris a. d. Office, Max Geper, Buchnummer 311 709 807, angetreten am 7. 9. 1924, auf Grund des § 14, Ziffer 3a.

Die Verwaltungsstelle Stuttgart

sucht zum baldigen Antritt einen tüchtigen Agitationsleiter,

der insbesondere die Ziegel- und die chemische Industrie zu bearbeiten hat.

Selbstgeschriebene Arbeiten sind einzureichen über folgende Fragen:

- 1. Lebenslauf und bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung. 2. Wie ist die Agitation am erfolgreichsten in den obenbenannten Branchen zu betreiben.

Bedingungen: Achtjährige freigewerkschaftliche Organisationszugehörigkeit, davon die letzten drei Jahre zu unserer Organisation. Kenntnis der Sozialgesetzgebung, des Arbeiterrechtes und des Betriebsratsgesetzes, gute rednerische Befähigung.

Das Gehalt regelt sich nach dem Gehaltsregulativ.

Bewerbungsarbeiten mit der Aufschrift 'Bewerbung' sind bis einschließlich 16. März d. J. einzureichen an: Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Verwaltungsstelle Stuttgart, Eßlinger Str. 19, 1. Stock. (10,50 Mk.)

Die Zahlstelle Gera und Umgebung

sucht zum 1. April einen Lokalbeamten,

welcher in der Hauptsache die recht umfangreichen Kassengeschäfte zu erledigen hat. Rednerische Befähigung ist zwecks Mithilfe bei der Agitation unerlässlich. Bewerber haben unter Beifügung einer Abhandlung über ihren Lebenslauf eine Arbeit über 'Die kassenrechtliche Verwaltung einer Bezirkszahlstelle' bis zum 12. März an den Beamten P. Schneider, Erfurt-Nord, Poststraße 107, einzureichen. (6,- Mk.)

Literarisches.

'Menschen der Zukunft' von Professor Dr. Julius Schögel. Eleganter Halbleinen-Einband mit neun Illustrationen von Künstlerhand. Preis 1,20 Mk. Gerade zur rechten Zeit, noch vor der Jugendweihe - dem Tag, an dem junge Menschen die Schule verlassen und in die Gemeinschaft der Erwachsenen aufgenommen werden - erscheint im Einzernahmen mit Organisationen der freigeistigen Bewegung aus der Feder des bekannten Jenaer Biologen und Kulturpolitikers Prof. Dr. Julius Schögel das sehr inhaltreiche und merkwürdige Werk 'Menschen der Zukunft'.

☉☉☉ Aus der Industrie ☉☉☉

Lohn- und Tariffbewegungen, Streiks und Aussperrungen.

Erster Tarifkonflikt in der Zementindustrie.

Seit Jahren erstreben die organisierten Zementarbeiter angemessene und einheitliche Arbeitsbedingungen. Gegen beides wehren sich die Zementindustriellen. Noch heute wird in dieser Industrie wöchentlich 72 bis 84 Stunden und zum Teil darüber gearbeitet. Solche Zustände möchten die Unternehmer verewigen.

Trotzdem die Zementindustrie überaus stark kartelliert und syndiziert ist, trotzdem sie zu den am besten florierenden Industrien gehört und in den letzten Jahren Riesengewinne erzielt hat, will sie der Arbeiterschaft in keiner Weise entgegenkommen. Im Gegenteil, die Zementindustrie wendet riesenhafte Mittel auf, um die Arbeiter rechtlos zu machen. Die Organisationen sollen vernichtet werden und zu diesem Zweck gründet die Zementindustrie überall Werkvereine und läßt sich die Sache etwas kosten.

Die Zementindustriellen regeln Preis und Produktion von einer Stelle aus dem Deutschen Zementbund, der auch bestimmt, welche Werke arbeiten sollen. Jedes Werk ist verpflichtet, die Produktion anderer Werke mit zu übernehmen.

Durch derartige Bestimmungen ist die Zementarbeitergemeinschaft unter den jetzigen Tarifverhältnissen dem Unternehmerum vollständig ausgeliefert. Die Unternehmer haben es in der Hand, in denen Betrieben oder Bezirken, in denen sich die Arbeiterschaft nicht alles gefallen lassen will, die Produktion nach einem anderen Werk oder Bezirk zu verlegen und die Arbeiterschaft auszuhungern.

Diese Zustände will die Zementarbeitergemeinschaft nicht länger ertragen und hat die bestehenden Orts- und Bezirksverträge aufgekündigt, um zu einem einheitlichen Tarifvertrag zu kommen, der die hier gerügten Mängel beseitigt.

Bisher lehnte die Zementindustrie jegliches Verhandeln auf einheitlicher Grundlage ab. Der Deutsche Zementbund will zu solchen Verhandlungen nicht legitimiert sein; auch die Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums wird abgelehnt.

Um jedoch den Frieden in der Zementindustrie zu erhalten, haben die beteiligten Arbeitnehmerorganisationen der Zementindustrie folgenden Vorschlag unterbreitet:

1. Sämtliche zur Zeit schwebenden Tariffreitigkeiten der Zementindustrie werden im neutralen Schiedsgerichtsverfahren erledigt.
2. Das Schiedsgericht setzt sich aus drei Schiedsrichtern zusammen. Den Vorsitzenden ernannt der Reichsarbeitsminister; die beiden Parteien je einen Beisitzer.
3. Die Verhandlungskommission besteht aus je fünf Vertretern. Für den einzelnen Fall ist es den Parteien überlassen, einen dieser Vertreter auszuwechseln.
4. Mißlingt der Versuch des Schiedsgerichts, eine Einigung herbeizuführen, so fällt das Schiedsgericht einen Spruch. Ist dieser Spruch einstimmig, so gilt er für beide Parteien als verbindlich. Ist der Spruch mit Mehrheit zustande gekommen, so entscheiden die Parteien innerhalb 24 Stunden über Annahme oder Ablehnung des Spruches. Auf Antrag der annehmenden Partei entscheidet die zuständige amtliche Stelle über die Verbindlichkeit des Spruches. Der Antrag auf Verbindlichkeit muß innerhalb drei Tagen gestellt werden.

Mit diesen Vorschlägen glaubt die organisierte Zementarbeitergemeinschaft zu bekunden, daß sie den ernsthaften Willen hat, in schiedlich-friedlicher Weise die drohenden Konfliktgefahren zu beheben. Sind die Unternehmer von gleichem Willen beseelt, so kann ein Kampf vermieden werden.

Chemische Industrie

Zwei Tote in Piestertisch — was nun?

In der Phosphorsäureanlage der J.-G. Farbenindustrie in Piestertisch, die sich auf dem Grundstück der Bayerischen Stickstoffwerke befindet, sind am 12. Februar zwei Arbeiter beim Reinigen eines Cottrells durch ausströmende Gase zu Tode gekommen, wie wir in der letzten Nummer des 'Proletariats' bereits berichtet haben. Als der Unglücksfall bemerkt wurde, versuchten der Meister und der Postenmann unter Benutzung von Gasmasken die beiden zu retten. Sie brachen aber trotz der Gasmasken ebenfalls bewußtlos zusammen. Zwei anderen zu Hilfe eilenden Arbeitern erging es nicht besser. Die vier Verunglückten konnten durch einen tapferen Feuerwehrmann geborgen und dann ins Leben zurückgerufen werden. Der Feuerwehrmann selbst mußte jedoch auch bewußtlos fortgeschafft werden. Nach großer Mühe gelang es endlich, die beiden zuerst Verunglückten fortzuschaffen; es war aber bereits zu spät, der Tod war bei beiden schon eingetreten.

Dieser gräßliche Unglücksfall muß folgenden Ursachen gegenübergestellt werden. In der Phosphorsäureanlage werden ausländische Phosphate mit Kohle und Splint vermengt in elektrischen Öfen auf Phosphor reduziert. Der Phosphor wird in Dampfform ausgefriesen und in den erwähnten Cottrells von anderen Gasverunreinigungen gereinigt. Der Phosphor wird dann in flüssigem Zustande in Kesseln aufgefangen, von dort in Vorratsbehälter der Phosphorsäurefabrik gedrückt und nach Bedarf in dieser Anlage mit Luft auf Phosphorsäure verbrannt. Die technischen Einrichtungen der Fabrik sind gut. Wie aber in allen Fabriken der chemischen Industrie läßt sich eine absolut gasdichte Apparatur nicht herstellen. Es entweichen aber auch beim Abziehen der Schlacke und

bei anderen Vorgängen schädliche Dämpfe, die in erhöhtem Maße auftreten, wenn unvermeidliche, unvorhergesehene Störungen bei der Produktion eintreten.

Daß Phosphor einer der gefährlichsten Gifte ist, ist allgemein bekannt. Daß bei der Herstellung des Phosphors schädliche Gase, wie Kohlenoxyd entstehen und entweichen, kann nicht bestritten werden. Daß in der chemischen Industrie ganz allgemein schädliche Stoffe entstehen, die der Betriebsleitung häufig nicht bekannt sind und meist erst durch Unglücksfälle die Aufmerksamkeit auf sich ziehen, ist von uns immer wieder betont und nachgewiesen worden.

Auf Grund dieser besonderen Gefahren haben die Arbeiter der Phosphorsäurefabrik eine Gefahrengulage verlangt, wie sie im § 7 des Reichsrahmenvertrages für die chemische Industrie vorgesehen ist. Die Unternehmer haben die Gefahrengulage auf den lächerlich geringen Satz von 2 Pfennig pro Stunde zugestanden und erklärt, daß auch dieser Satz zu hoch gegriffen ist, weil — nach Auffassung der Unternehmer — Gefahren tatsächlich nicht vorhanden sein sollen.

Bei den Verhandlungen war bereits bekannt, daß im März vorigen Jahres ein Arbeiter beim Abfällen flüssigen Phosphors tödlich verunglückt war. Dieser Fall wurde auf unvorhergesehene, nicht festzustellende Ursachen zurückgeführt. Eine Wiederholung sollte ausgeschlossen sein. Im übrigen ist nach Ansicht der Unternehmer jede Gefahr in der Phosphor-



fabrik ausgeschlossen, weil etwa entweichende Phosphordämpfe sofort an der Luft zu Phosphorsäure verbrannt und dadurch unschädlich werden. Nach dieser Ansicht sollen auch Kohlenoxydgase die Arbeiter unter keinen Umständen schädigen können, weil sie an den Austrittsstellen sofort in Brand geraten und zur unschädlichen Kohlendensäure verbrennen. Wir haben uns gegen die Auffassung immer gewendet und dargelegt, daß alle chemischen Fabriken von der Regierung als Sanatorien erklärt werden müßten, wenn die Auffassung der Unternehmer richtig wäre. Sie ist aber nicht richtig, dient vielmehr nur dazu, die Öffentlichkeit über die Gefahren der chemischen Industrie hinwegzutäuschen und die Chemiearbeiter um ein paar Pfennige Lohn zu prellen.

Im Falle der Gefahrengulage in der Phosphorsäurefabrik Piestertisch hat der Schlichtungsausschuß der chemischen Industrie einen Spruch nicht fällen können, weil die Arbeitnehmervertreter die Gefahrengulage von 2 Pf. pro Stunde als zu niedrig erachteten und die Unternehmer den Standpunkt vertraten, selbst diese 2 Pf. wären unberechtigt, weil Phosphorsäurefabriken für die Arbeiter unschädlich sind. Die Arbeiter selbst haben ihre höheren Forderungen energisch verteidigt, bis die Firma dazu überging, Prämien einzuführen. Dadurch wurde ein Teil der Arbeiter zufriedengestellt, während andere ihre Forderungen fallen ließen in der sicheren Erwartung, von allen Prämienzulagen ausgeschlossen zu werden, wenn sie an ihrer gerechten Forderung festhalten würden. Durch Einführung von Prämienzuschlägen sind die Gefahren in diesem gefährlichen Betrieb noch erhöht worden.

Die bekanntgewordenen Untersuchungsergebnisse über den Unglücksfall beweisen, daß die Unternehmer im Unrecht sind, wenn sie besondere Gefahren in dieser Fabrik bestreiten. Dagegen ist unsere Auffassung wieder einmal bekräftigt worden, daß in allen chemischen Fabriken Gefahren vorhanden sind, die selbst der Betriebsleitung und den Chemikern unbekannt bleiben, bis neue Todesopfer die Tatsache feststellen.

Welche Gase das Unglück verursacht haben, steht „angeblich“ noch nicht fest. In der chemischen Industrie können „angeblich“ die meisten Unglücksfälle in ihren Ursachen nicht erkannt werden. Wir haben früher schon einmal auf das Beschämende dieser Tatsache hingewiesen, da angeblich die deutschen Chemiker auf sehr hoher Werte der Erkenntnis stehen. Sondernarweise versagt aber diese Erkenntnis fast regelmäßig bei Unglücksfällen. Über die Wirkung der Gase in Piestertisch sollen die Chemiker aber nicht gewusst haben; sie sollen nicht einmal haben feststellen können, um was für Gase es sich handelt. Nach uns gewordenen Mitteilungen sind Versuche an Mäusen für diese Tiere nach ganz kurzer Zeit tödlich verlaufen.

Wir wollen in diesem Falle den Faden heute nicht weiter-spinnen. Wir werfen vielmehr die bestimmteste Frage auf, ob die Arbeitgeber der gesamten chemischen Industrie und speziell in vorliegendem Falle es mit ihrem Gewissen verein-

baren können, der Öffentlichkeit vorzureden, daß auch der Phosphorbetrieb besondere Gefahren für die Arbeiter nicht in sich birgt. Zu einer solchen Einstellung gehört wirklich ein weltes Gewissen. Oder werden solche Ansichten von den Herren nur dann geduldet, wenn den Arbeitern ein paar Pfennige Lohn vorenthalten werden sollen?

Wir müssen aber auch fragen: Was soll nun geschehen? Wenn die Unternehmer alle Gefahren in der chemischen Industrie zu verschleiern suchen, müssen die Aufsichtorgane und die Regierungen für weitestgehende Aufklärung der Arbeiter und damit für den Schutz der Arbeiter Sorge tragen. Durch solche Maßnahmen wird der Proffit der Chemieherren sicher nicht geschmälert. Es müssen aber auch für die Zukunft solche angeblich unvorhergesehenen Todesfälle verhindert werden. Das wird zu einem erheblichen Teil dadurch zu erreichen sein, daß in allen Produktionsbetrieben der chemischen Industrie Akkord- und Prämienarbeit, die ja eine Leistungssteigerung mit sich bringt und die Aufmerksamkeit der Arbeiter hebert, und jede Überarbeit über 8 Stunden hinaus verboten werden, soweit es sich nicht um Arbeiten für die Aufrechterhaltung des Betriebes handelt. Die dauernden Menschenopfer in der chemischen Industrie sind nicht länger zu ertragen.
G. Haupt.

Ausdehnungsbestrebungen der Firma Henkel & Co., Düsseldorf?

Die Firma Henkel & Co., G. m. b. H., in Düsseldorf, die bekannte Herstellerin weltbekannter Waschmittel und Seifenpulver, hat am 15. Januar 1929 unter dem Namen Henkel-Aktien-Gesellschaft, Hanau eine neue Firma in das Handelsregister des Amtsgerichts Hanau eintragen lassen. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von chemischen Fabriken aller Art, von Fabriken zur Fabrikation von Seife, Seifenpulver und ähnlichen Produkten sowie der Handel in den für die Fabrikation benötigten Rohstoffen und in chemischen Produkten aller Art, ferner die Verrichtung an anderen gleichen oder ähnlichen Zwecken dienenden Unternehmungen und Verbänden und die Herstellung der für die Fabrikation benötigten Rohstoffe.

Das Grundkapital der neuen Gesellschaft beträgt 5 Millionen Mark. Geschäftsführer sind der Kaufmann Dr. h. c. Fritz Henkel und der Chemiker und Fabrikant Dr. Hugo Henkel, beide in Düsseldorf.

Es ist möglich, daß die Firma Verbindungspunkte mit den Herstellern von Grundstoffen, mit der chemischen Großindustrie, anstrebt. Sie sind zum Teil schon gegeben, denn der Seniorchef der Firma Henkel, Herr Kommerzienrat Fritz Henkel, ist Mitglied des Aufsichtsrats der Deutschen Gold- und Silberscheidanstalt, vorm. Röthler in Frankfurt a. M.. Ob darüber hinaus engere Beziehungen zum J.-G. Farbentrust vorhanden sind, wäre immerhin möglich.
R. Segerer.

Der deutsche Außenhandel in Farben, Farbwaren, Firnis, Lack und Kitt im Jahre 1928.

Folgende Angaben über den Außenhandel der obengenannten Industriegruppen entnehmen wir der Farbenzeitung, dem Fachblatt für die deutschen Farben- und Lackindustrie. Deutschlands Ausfuhr an Farben und Farbwaren betrug im Jahre 1928 1 658 867 Doppelzentner im Werte von 325 863 000 Mk., gegen 1 802 883 Doppelzentner im Werte von 322 830 000 Mk. im Vorjahre. Demnach ist eine sowohl mengenmäßige als auch finanziell größere Ausfuhr als im Jahre 1927 zu verzeichnen. Davon kamen auf Erd- und Mineralanfarben, chemische und Buchdruckfarben im Jahre 1928 1 182 025 Doppelzentner im Werte von 95 500 000 Mk., für 1927 betrug die Ausfuhr derselben Produkte 1 112 534 Doppelzentner im Werte von 89 115 000 Mk. Der verbleibende Teil sind natürliche und künstliche Farbstoffe.

Die Einfuhr im Jahre 1928 betrug für die vorher genannten Gruppen 581 721 Doppelzentner im Werte von 33 028 000 Mk. Davon entfielen auf die Gruppe Erd- und Mineralanfarben, chemische und Buchdruckfarben im Jahre 1928 528 157 Doppelzentner (452 959 Doppelzentner 1927) im Werte von 15 638 000 Mk. (13 465 000 Mk. 1927). Den verbleibenden Rest bilden auch hier wieder natürliche und künstliche Farbstoffe.

Die Ausfuhr an Firnissen, Lacken und Kitt betrug 1928 98 872 Doppelzentner (73 374 Doppelzentner 1927) im Werte von 20 649 000 Mk. (14 407 000 Mk. 1927). Die Einfuhr betrug im Jahre 1928 für die letzten Gruppen 17 391 Doppelzentner (15 038 Doppelzentner 1927) im Werte von 2 610 000 Mk. (2 247 000 Mk. 1927).

Insgesamt ergibt sich aus obigen Angaben ein Ausfuhrüberschuß von 1 076 786 Doppelzentner im Werte von 287 835 000 Mk. Über den Geschäftszug wird zufriedenstellend berichtet. Die Produktionsverhältnisse haben sich nicht geändert.

Das Gesamtbild der Farbenindustrie ist demnach für die Aktieninhaber zufriedenstellend.
R. Segerer.

Zusammenschluß in der Norddeutschen Dachpappenindustrie.

Unter dem Namen Norddeutsche Dachpappenvereinigung, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hamburg ist die Eintragung der genannten Firma in das Hamburger Handelsregister erfolgt. Der Zweck der Vereinigung soll die Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Gesellschaft sein. Die Gesellschaft setzt die Mindestpreise und die Verkaufsbedingungen fest, die jeweils von der Gesellschaftsversammlung beschlossen werden. Als Geschäftsführer ist der Kaufmann Hugo Friedrich Christian Binns in Pinneberg beauftragt.

Die Konzentrationsbestrebungen in der Dachpappenindustrie setzen vor längerer Zeit ein, zunächst zur Rationalisierung der Betriebe sowie zur Erreichung der Normung in der Produktion.

Zusammenschluß und Organisation in der Industrie überall. Die Arbeiterschaft muß sich beeilen, das gleiche zu tun, damit sie nicht ins Hintertreffen kommt.
R. S.

Deutschlands Rohkautschukverbrauch im Jahre 1928.

Über den Verbrauch Deutschlands an Rohkautschuk im Jahre 1928 entnehmen wir der 'Gummizeitung' folgende Angaben: Die Kautschukeinfuhr Deutschlands im Jahre 1928 betrug 423 908 Doppelzentner im Werte von 108 143 000 Mark. Es ist damit keine wesentliche Verschiebung gegenüber dem Verbrauch im Vorjahre eingetreten, denn die Einfuhrmenge des Jahres 1927 betrug 423 638 Doppelzentner. Dagegen ist eine Verschiebung im Wert der Rohkautschukeinfuhr eingetreten. Die Ursache der Wertverminderung liegt in den gesunkenen Gummipreisen zu finden, da die vom England eingeführte Gummizwangswirtschaft, nachdem sie von den übrigen Ländern durchbrochen und von Amerika heftig bekämpft wurde, gescheitert ist. 1927 betrug der Wert des eingefuhrten Rohkautschuks 167 126 000 Mark. Hauptlieferanten waren Niederländisch-Indien mit 149 635 Doppelzentner, Britisch-Indien mit 160 275 Doppelzentner und Brasilien mit 35 185 Doppelzentner.

Die Kautschukausfuhr hat im Jahre 1928 39 280 Doppelzentner betragen im Werte von 10 168 000 Mark. Wenn man die im Inland vorhandenen Vorräte unberücksichtigt läßt, ergibt sich für das

Jahr 1928 ein Kaufkraftverbrauch von 384 028 Doppelzentner im Werte von 97 975 000 Mark.

Papier-Industrie

Der Harrison-Konzern. Die englische Inveresh Paper Comp. umfasst zur Zeit als Dachgesellschaft des Harrisonkonzerns in England 15 Aktien-

Die Inveresh-Dividende. Auf der am 30. Januar 1929 abgehaltenen Jahresversammlung des Konzerns teilte der Aufsichtsratsvorsitzende Harrison mit, daß die Dividende von 35 Prozent im Jahre 1927 auf 25 Prozent im Jahre 1928 zurückgegangen ist.

Die British Vegetable Parchment Mills, Ltd. Nachdem Harrison vor einigen Jahren die Pergamentpapierfabrik Oberlohnstein aufgekauft hatte, war es sein ernstes Bestreben, diesen Fabrikationszweig als neuere industrielle Errungenschaft auch in seinem Heimatlande England einzuführen.

Wir bitten unter der Preischändererei eines ausländischen Kartells, das viele Jahre hindurch eine herrschende Stellung in England einnahm. Das Kartell ermäßigte, als die neue englische Fabrik in Gang kam, seinen Preis um 6 Pfund Sterling die Tonne.

Vor der Errichtung dieser Pergamentpapierfabrik waren es vor allen Dingen die deutschen und belgischen Pergamentpapierfabrikanten, die den Export nach England beherrschten.

Der Northfleet Paper Mills, Ltd. Unter dieser Firma hat Harrison eine Feinpapierfabrik errichtet, in der Sparatrogas als Rohstoff dient.

Die Roholol-Aktiengeellschaft als deutsche Zweigniederlassung des Harrisonkonzerns umfasst:

- 1. die Zellstoffabrik Cofee (Königsberg), 2. die Zellstoffabrik Saasheim (Königsberg), 3. die Papierfabrik Hillegossen, 4. die Pergamentpapierfabrik Oberlohnstein, 5. die Bayerischen Zellstoffwerke Regensburg, 6. die Rheinischen Elektrowerke (Rhm), 7. die Chemische Fabrik Lüttdorf a. Rhein, 8. die Chemische Fabrik Weßling a. Rhein.

Die finanzielle Lage der Roholol-Aktiengeellschaft wurde von Harrison auf der Generalversammlung am 30. Januar 1929 als außerordentlich günstig bezeichnet.

Die Roholol nach Amerika verschifert? Ferner wurde in der Jahresversammlung zum Ausdruck gebracht, daß Harrison als Bevollmächtigter der Inveresh Paper Comp. am 27. Februar 1929 nach Amerika ein- schiffen wird.

Nach dieser Mitteilung beschäftigt die finanziellen Schwierigkeiten der Inveresh Paper Comp. Bemerkenswert ist nur noch, daß Harrison vor Aufkauf der Rohololwerke aus dem Nachlaß des Siemenskonzerns gleichfalls nach englischer Art auf der Begründung, daß die deutsche Papier- und Zellstoffindustrie infolge niedriger Löhne und langer Arbeitszeit ein soziales Dumping erleide.

sozialen Anstrich gibt, sonst aber genau darauf achtet, daß auch seine Werke sich dem Diktat der Arbeitgeberverbände fügen.

Eine Konferenz der Arbeiter der Papiererzeugungsindustrie fand am 17. Februar 1929 in Leipzig statt.

Die Beratungen wurden vom Kollegen Brey geleitet. Kollege Stähler sprach zum ersten Punkte der Tagesordnung: Stellung zum Gesamtarbeitsvertrag in der Papiererzeugungsindustrie.

Die kollektive Regelung der Lohn- und Arbeitsverträge sowie ihre soziale Gestaltung wird stark von der innerwirtschaftlichen Lage der betreffenden Industrie und von den sozialen Nachverhältnissen der Arbeiterschaft beeinflusst.

Hohe Löhne, hoher Konsum, hohe Produktionsmöglichkeit.

Die Kaufkraft wird durch ein ungewisses oder ungenügendes Einkommen geschädigt. Das Heilmittel für geschädigte Depression liegt in der Hebung der Kaufkraft, und das Kraftreservoir für die Kaufkraft sind die Löhne.

Henry Ford: "Das große Heute, das größere Morgen." Seite 191.

Entsprechend der günstigen Produktionsentwicklung ist auch die Gewinnbeteiligung der Arbeitgeber am Produktionsergebnis gestiegen. Das staatliche Reichsamt hat die Abschlässe der Aktien-

Nachdem der Kollege Stähler noch kurz die Konzernbildung in der behandelten Industrie erwähnt hatte, ging er in längeren Ausführungen auf die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge, die internationalen Verflechtungen und auf die Kämpfe um die ausländischen Absatzgebiete ein.

Im sozialen Teil seines Vortrages zeigte der Redner die von der Papiererbeiterchaft schon errungenen Erfolge auf, wie Sicherung des Lohnes durch Tarife, die Lohnhöhen sowie die kollektive Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Bei aller Würdigung der Vorzüge des deutschen Gesamtarbeitsvertrages für die Papiererzeugungsindustrie wurden die bestehenden Mängel scharf herausgeholt und die Verbesserungsvorschläge bei denen Verbesserungen notwendig sind.

Wirkung abschwächt und außerdem noch der Zwischenhandel eine weitere Verteuerung herbeiführt.

Sum dritten Punkt der Tagesordnung: Arbeits- und Tarifrecht in der Reichsregierung, nahm der Kollege Schmidt (Hannover) das Wort. Er wies auf die große Unsicherheit und Unklarheit in der heutigen Rechtsprechung hin, die sich natürlich auch auf die arbeitsrechtlichen Streitigkeiten unserer Mitglieder auswirkt.

Die Schwierigkeiten bei der Berechnung der Akkordlöhne und der Mehrarbeitszuschläge bei Akkordarbeit wurden von ihrer juristischen Seite betrachtet und erläutert.

Die Unsicherheit und Uneinseitigkeit der gegenwärtigen Rechtsprechung mahnt uns, die Rechtsentwicklung genau zu beobachten.

Die drei Referate enthielten eine sehr lebhaft ausgeführte, in der in oft leidenschaftlichen Ausführungen die Mängel, die dem Gesamtarbeitsvertrag und den einzelnen Bezirkslohnverträgen noch anhaften, kritisiert und Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gefordert wurde.

Eine Konferenz der Tapetenarbeiter

fand am 16. Februar 1929 in Leipzig statt. An den Beratungen nahmen 48 Kollegen teil, davon waren 42 Kollegen als Delegierte der Betriebe, 46 als Vertreter der Gewerkschaften.

Der Referent erwähnte, daß der Reichstempel für die Tapetenindustrie nur unwesentliche Änderungen erfahren hat. Eine der wichtigsten Änderungen ist in der Frage des anteiligen Urlaubs erfolgt.

Der Redner stellte dann die Zerpfalterung im Unternehmerlager. Dort gibt es keine einheitliche Organisation, viele Unternehmer gehören gar keinem Arbeitgeberverband an oder treten aus dem Arbeitgeberverband aus.

Dem Referat folgte eine längere Ansprache, an der sich zahlreiche Kollegen beteiligten, die teils die Verhältnisse der von ihnen vertretenen Betriebe schilderten, teils mit Wünschen und Anträgen auf Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen an den Hauptvorstand und die Zentralbranchenleitung herantraten.

Kampfesweise zur Anwendung zu bringen. Auch die Einführung des Vertretersystems konnte sie nicht durchsetzen, wahrscheinlich deshalb, weil diesmal 600 bis 700 Verbandsmitglieder von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen konnten.

Wirtschaftliches.

Aktionäre und Banken verhindern die Rationalisierung*. Aufschlussreiche Bemerkungen können wir im Februarheft der bekannten Zeitschrift „Die Bank“, deren Herausgeber Alfred Landsburgh ist, darüber lesen, wie der so notwendige Reinigungsprozess der deutschen Wirtschaft von den Aktionären und Gläubigern der Unternehmungen erschwert wird.

Die Steigerung der Dividende.

Im Jahre 1928 ist nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes eine Steigerung der Dividenden zu verzeichnen. Die Durchschnittsdividende der an der Berliner Börse gehandelten Aktien ergibt für Ende Dezember 1928 8,29 Prozent gegen 7,14 Prozent Ende 1927 und 5,87 Prozent Ende 1926.

Kapitalkonzentration.

Der Zusammenschluss der Mitteldeutschen Kreditbank mit der Commerz- und Privat-Bank stellte die erste große Fusion im deutschen Bankwesen seit den Inflationsjahren dar. Erleichtert wurden die Fusionsverhandlungen durch den Umstand, daß das Berliner Verwaltungsgebäude der Mitteldeutschen Kreditbank für den außerordentlich hohen Betrag von 10 Millionen Mark an den Weltmargarinekräft (Jürgens-van den Bergh) verkauft werden konnte.

Agarproblem und Reallohn.

In dem unter dieser Überschrift im „Proletarier“ Nr. 7 vom 16. Februar 1929 erschienenen Artikel sind drei Sätze enthalten. 1. In der vorletzten Zeile des zweiten Absatzes muß es selbstverständlich statt Kreisbewegung heißen: Preisbewegung.

Arbeiterchutz und Arbeiterversicherung.

Ruvo-Preiswettbewerb.

Der Verband der Deutschen Berufsvereinigungen erläßt in der von ihm veranstalteten Reichs-Unfallversicherungs-Woche folgendes Preiswettbewerb:

1. Preis 500.— Mk., 2. Preis 300.— Mk., 3. Preis 200.— Mk., 50 Trostpseife zu 10 Mk.
- Jeder, außer den Angestellten des Verbandes der Deutschen Berufsvereinigungen und ihren Angehörigen, kann sich beteiligen. Der Vorschlag muß bis spätestens 11. März abends beim Verband der Deutschen Berufsvereinigungen, Berlin W 9, Köthener Straße 37, eingehen, und zwar nur auf Postkarte (evtl. in Briefumschlag), die die Überschrift „Ruvo-Preiswettbewerb“, die vorgeschlagene Lösung (ohne jeden Inhalt) und die genaue Anschrift des Absenders enthält. Andere Einsendungen bleiben unberücksichtigt.

Arbeitslos.

Von Tor zu Tor, von Tür zu Tür bin ich gelaufen, um meine Kräfte zu verkaufen. Vergeblich hab' ich überall gefragt. Man braucht mich nicht, hat man mir überall gesagt. Man braucht mich nicht!!!

Seht mich an! Mein Weib und auch mein Kind, wie wir verlumpt und elend sind. Und doch, es trägt der äußere Schein, denn seht ihr mir ins Innerste hinein, dann werdet ihr bestimmt erschrecken und giffen solchen Haß in mir entdecken. Und dieser Haß, er pflanzt sich fort von Stadt zu Stadt, von Ort zu Ort.

Ihr braucht mich nicht!

Und hochgefäckt erkenn' ich neue Pflicht. Und müß' ich jahrelang noch fasten, nicht eher will ich ruh'n und rasten, bis eure Macht in Staub zerfällt, und dann braucht mich die neue Welt!

W. Tropsch.

Melbet Betriebsunfälle.

Der Betriebsunternehmer hat jeden Betriebsunfall in seinem Betriebe der Berufsvereinigungen anzuzeigen, wenn durch den Unfall ein im Betriebe Beschäftigter getötet oder so verletzt wird, daß er stirbt oder für mehr als drei Tage völlig oder teilweise arbeitsunfähig wird. Und zwar muß er den Unfall binnen drei Tagen, nachdem er ihm zur Kenntnis gelangt ist, melden.

Unfallversicherung auf der Straße.

Mit der Zahl der Kraftfahrzeuge wächst die Gefahr auf den Straßen, wächst die Zahl der Verkehrsunfälle. Wenn gar ein solcher strenger Winter, wie in diesem Jahre, immer wieder das Schneewasser zur Erde schneit, immer wieder das kann Aufgüsse verursachen, dann bedarf es aller Aufmerksamkeit, Vorsicht und Voller, nicht durch Alkohol getrübtet Klarheit der Sinne, um nicht zu Fall oder unter die Räder zu kommen.

Kundschau.

Die allgemeine Arbeitsdienpflicht.

Daß die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ Nr. 7 vom 17. Februar 1929 einen Artikel über die Arbeitsdienpflicht auf der ersten Seite bringt, zeigt, welche großen Wert das Zentralorgan des deutschen Unternehmertums der allgemeinen Arbeitsdienpflicht beilegt. Daß dieses Unternehmertum aber diesen Artikel in einer Zeit umfangreicher Arbeitslosigkeit und Karzarbeit veröffentlicht, könnte fast nur annehmen. Wir müssen möglichst viel und billig produzieren, heißt es einleitend, mit anderen Worten, die aus der gesetzlichen Arbeitsdienpflicht stichenden Erträge müssen dem deutschen Unternehmertum in die Tasche

fließen, wenn es auch heißt, im Dienste der Allgemeinheit sollen die Leistungen ohne Lohn erfolgen. Die freiwillige Dienstpflicht ist gedacht als Ersatz für die frühere Militärpflicht. Die allgemeine Arbeitsdienpflicht schlägt die Brücke von Stand zu Stand, durchbricht die Wände, die die Klassen voneinander abschließen. Also so eine Art Vorstufe für die Werksgemeinschaft, das Ideal der Werkvereiner, soll diese Einrichtung werden.

Die allgemeine Arbeitsdienpflicht ist also wohl das soziale Kernproblem der Gegenwart. Wenden wir ihr unsere besondere Aufmerksamkeit zu und lernen wir, sie einzuspannen zur Abwehr des politischen Radikalismus, zur Belebung des Gemeinschaftsgefühls, zur Verringerung der sozialen Lasten, zur Aufbarmachung brachen Landes und zur Einsetzung als Nothilfe bei schwierigen Wirtschaftslagen. Sie wird ihren Zweck erfüllen.

Warum die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ nicht offen ausspricht, die Arbeitsdienpflichtigen sollen als Streikbrecher fungieren, ist nach diesen Sätzen nicht recht verständlich. Jeder Blinde fühlt ja, was das Unternehmer-Zentralorgan will. Auf die Forderung der Arbeitgeberzeitung erwidern wir: In Deutschland wird es unter der kapitalistischen Wirtschaft keine Arbeitsdienpflicht geben. Diese Frage ist nicht diskutabel. Vermutlich wird eher die Abschaffung des arbeitlosen Einkommens der Kapitalisten erfolgen, denn der Mehrwert — unbezahlte Arbeit — gehört den arbeitenden Menschen respektive der Allgemeinheit ohne Kapitalisten.

Scheinheilige Mueherei.

In dem vom Jugendbund der Evangelischen Gemeinschaft in Deutschland herausgegebenen „Christlichen Bundesboten“ nimmt ein „Besorgter“ zu der neuen Frauenmode Stellung. Er schreibt: Du liebes, junges Mädchen, bedenke doch, was Gottes Kind du bist! Das weltliche Mädchen trägt heute in der herausfordernden Kleidung schon ein Zeichen des Antichristentums. Willst du da mitmachen? Dann zeigst du offen, daß du auch dem Antichristentum huldigst. Wodurch unterscheidest du dich denn sonst noch von den Kindern dieser Welt? Vielleicht nur noch durch deine frommen Redensarten? Man muß die Gotteskinder heute schon an der Kleidung und an der Haartracht erkennen. Es ist die höchste Zeit, daß wir endlich erkennen, wie weit wir in der Kleiderfrage mit der Welt gehen dürfen. Es muß für uns eine Grenze geben, aber die wir nicht hinübergeben dürfen, nein, nicht hinübergehen wollen, unserem Hellende zuliebe. Wenn manche junge Mädchen wüßten, was für eine sündliche Verheerung sie durch ihre Kleidung in den Herzen und Hirnen junger Männer anrichten, sie würden endlich den Saum ihres Kleides herunterlassen und das andere Anstoß-erregende an ihrer Kleidung vermeiden. Darum auf zur Tat! Zeige der armen, irreführten Welt, was dein Hellaand aus dir machen konnte. Das Wort: Ich will dich segnen, und du sollst ein Segen sein, gilt auch dir! Du sollst und kannst für deine Umgebung ein Segen sein; wenn du praktisch zeigst, wie ein Gotteskind aussehen muß. Ein reiner Leib, ein züchtiges Auge und ein aufständiges Knie gehören zur Tugend eines rechten Christenmenschen.

Wie eine Jungfrau sein soll, behandelt ein Traktat einer Berner Missionsgesellschaft. Es heißt da: Eine rechte Jungfrau muß sein wie die Glocke am Karfreitag still und eingezogen. Wie eine Orgel: sobald sie auch nur angefaßt wird, schreit sie laut. Wie eine Spitalsuppe: die hat nicht viel Augen; also soll eine Jungfrau auch nicht viel herumgaffen. Wie ein Spiegel: wenn man dem ein klein wenig zu nahe kommt und ihn anhaucht, so macht er ein finstres Gesicht. Wie eine Eule: die kommt sehr wenig ans Tageslicht. Wie ein Licht, das in einer Laterne eingeschlossen viel sicherer ist als außer derselben. Besonders aber wie eine Schildkröte: diese ist allezeit zu Haus, da sie ihr Haus mit sich herumträgt; also soll eine rechte Jungfrau sich meistens zu Hause aufhalten zur Vermeidung aller bösen Gelegenheiten. Wenn die Jungfrauen, die immer auf Weg und Gassen sich sehen lassen, sind vor losen Schemeln nicht sicher. Du liebes, junges Mädchen, lache herzlich über dieses Wortgebimmel, sie können dich heute nicht mehr verdrennen.

Literarisches.

Wollt werde froh! Ein Kurt-Eisner-Buch. Zum zehnten Jahrestag der Ermordung Kurt Eisners am 21. Februar 1919 bringt die Büchergilde Gutenberg ein Kurt-Eisner-Buch heraus, das Erich Knapp aus dem literarischen Nachlaß dieses unvergeßlichen Führers der deutschen Revolution zusammengestellt hat. Die Republik von heute hat drei Männer, der sie mit aus der Taufe gehoben hat, noch kein Denkmal gesetzt. Dieses Buch soll ein Denkmal für Kurt Eisner sein! Das Kurt-Eisner-Buch der Büchergilde läßt vor allen Dingen den lebendigen Feuilletonisten Eisner zu Worte kommen. Es bringt die besten seiner Kurzgeschichten, seiner Streifzüge wider die Repräsentanten der öffentlichen Ordnung, wider den Kleinbürger und die Finsternisse. Wir hören ferner den Eisner, der in klarer, feuilletonistischer Form über die Probleme Liebe und Ehe plaudert. Daneben steht der Mann der Revolution, der seinen Opfertod vor Augen hat und trotzdem, ohne nach links und rechts zu schielen und ohne sich den etwa notwendigen Rückzug zu bedenken, auf sein Ziel losmarschiert.

Hermann Claudius: „Seid gegrüßt“, zwei Sprechchorspiele für Jugendweihen „Seid gegrüßt“ und „Kommt“. Preis 0,50 Mk. Berlin 1929. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Durch jede Buchhandlung zu beziehen. In den Jugendweihen soll Rücksicht und Ausblick, soll Begreiflichkeit in symbolischer Handlung gestaltet werden. In den beiden Sprechchorspielen von Claudius ist dies alles in farben Wortrhythmen geformt. Im ersten Spiel wirken Einzel- und Chorprediger, Orgel- oder Harmoniummusik und Schlaginstrumente zusammen. Das zweite Spiel hat Sprechchöre der Väter, der Mütter, der Jugend und des Volkes.

Feste der Arbeiter, Heft 1: Frühlings-, Oster- und Märzfestern. 52 Seiten. 1,20 Mark. Verlag: E. Altenberger, Waldburg-Altwater l. Schle, Stelgerweg 23.

Eine reichhaltige Sammlung von Gedichten und Erzählungen, Betrachtungen und zwei Aufführungen, eine Anzahl Musterprogramme und eine umfangreiche Liste weiterer geeigneten Materials mit Nachweisen. Für jeden Verein ein unentbehrlicher Ratgeber zu seinen Festen. Für Menschen, die in ruhigen Stunden das Brausen des Frühlings, den Menschheitsaufstehungsgeist unseres Ostern, die revolutionären Stürme der Aser in sich aufnehmen wollen und sich hineinleben können in diese Feiertage, wird das Heft einen reichen Genuß bieten. Unsere bekannten Arbeiterdichter stellen auch hier wieder Beiträge zur Verfügung.

Der Kulturwille ist mit dem Beginn des neuen Jahres in den Verlag der Leipziger Buchverlagsgesellschaft übergegangen. Die Monatshefte, die einzeln 5 Pf. kosten, zweckmäßig aber durch Post oder Buchhandlung für 1 Mk. im Quartal abonniert werden, bringen neben zahlreichen kleinen Mitteilungen und Notizen stets auch eine Reihe von Bildern: Porträts, Landschaften, Arbeiterfeste und verwandte Gegenstände.

* Rationalisierung heißt verknappte Wirtschaft.